

Beschluss Ein Sozialpakt für klimagerechten Wohlstand

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 19.09.2021
Tagesordnungspunkt: B Bundestagswahl: Bereit, weil Ihr es seid

Antragstext

- 1 Klimaschutz, die Einhaltung der Pariser Klimaziele, die Ausrichtung der eigenen
2 Politik auf das Erreichen des 1,5-Grad-Pfades, die Transformation zu einer
3 klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise: All das ist die wichtigste Aufgabe
4 der nächsten Bundesregierung. Entweder wir handeln in den kommenden vier Jahren
5 konsequent oder die Veränderungen überwältigen uns. So, wie sie im Ahr- und
6 Rurtal die Menschen von einem auf den nächsten Moment in tragischer Weise
7 überwältigt haben.
- 8 Beim Klimaschutz geht es nicht um unseren Planeten, es geht um uns Menschen.
9 Eine ungebremste Klimakrise zerstört unsere Lebensgrundlagen und nimmt uns die
10 Freiheit, selbst über unsere Art zu leben zu bestimmen. Internationale
11 Forscher*innen, Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden haben errechnet, dass
12 das weltweite BIP in diesem Jahrhundert um bis zu 37 Prozent einbrechen könnte.
13 Ohne konsequenten Umbau auf nachhaltigen Wohlstand werden unser
14 Wirtschaftsmodell und damit auch unsere Sozialsysteme über kurz oder lang
15 zusammenbrechen. Die Klimakrise ist damit das größte Risiko für die soziale
16 Sicherheit und den Wohlstand in unserem Land. Klimaschutz dagegen die Chance,
17 Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu wahren.
- 18 Die kommende Bundesregierung muss deshalb eine Klimaregierung sein. Sie muss das
19 Tempo beim Klimaschutz verdreifachen, quer durch alle Sektoren. Es geht jetzt
20 nicht mehr um punktuelle Veränderungen mal hier, mal dort, wir müssen vieles
21 gleichzeitig angehen: eine Ausbauoffensive für die Erneuerbaren Energien, einen
22 schnelleren Kohleausstieg bis 2030, auch in Europa, den stärkeren Ausbau von Bus
23 und Bahn, den Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor, die klimaneutrale
24 Modernisierung der Industrie, eine stärkere Bepreisung von CO₂ mit sozialem
25 Ausgleich, eine Wärmewende in unseren Gebäuden und eine klimagerechte
26 Landwirtschaft.
- 27 Für uns ist klar: Gerechten Klimaschutz gibt es nur mit unseren europäischen
28 Partnern. Durch ein Bündnis mit den ambitionierten Mitgliedstaaten bringen wir
29 den Erneuerbaren-, Netz- und Speicher-Ausbau voran. Gemeinsam treiben wir eine
30 wirkmächtige Reform des EU-Emissionshandels voran und sorgen dafür, dass der von
31 der EU-Kommission vorgeschlagene Klima-Sozialfonds besser ausgestattet wird.
32 Europa muss zum ersten klimaneutralen Kontinent werden.
- 33
- 34 Dies alles sind große Veränderungen, aber erstens werden sie umso
35 einschneidender sein, je später wir damit beginnen. Und zweitens sind sie die
36 Bedingung dafür, dass wir bewahren können, was uns lieb und teuer ist.
- 37 Der Wandel birgt Chancen. Denn die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Und
38 wenn wir hier den Anschluss halten, können in den kommenden Jahren
39 Hunderttausende neue Jobs entstehen – etwa im Handwerk und in der Bauwirtschaft,

40 in neuen Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der
41 Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie oder auch in neuen
42 Dienstleistungsfeldern.

43 Die Transformation ist eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie
44 bedeutet Anstrengung und Zumutung, sie geht einher mit der Angst, ins
45 Hintertreffen zu geraten, der Sorge, zu verlieren, was man sich aufgebaut hat
46 und worauf man stolz ist – Kohlearbeiter, Autobauerinnen, Facharbeiterinnen in
47 Zuliefer-Firmen seien exemplarisch genannt. Und gerade für Menschen mit
48 niedrigen Einkommen werden höhere Preise an der Tankstelle oder steigende
49 Mieten, neue Anschaffungen wie ein Elektroauto, die Sanierung des eigenen Hauses
50 eine reale Belastung, wenn man sie politisch nicht flankiert.

51 Es ist daher entscheidende politische Aufgabe, Klimaschutz mit einer starken
52 Sozialpolitik zu verbinden und so Sicherheit im Übergang zu schaffen. Der
53 Einsatz für eine sozial gerechtere Gesellschaft gehört untrennbar zu einem
54 ambitionierten Klimaschutzprogramm. Wir schlagen deshalb einen Sozialpakt für
55 klimagerechten Wohlstand vor. Dabei suchen wir das Bündnis mit Gewerkschaften
56 und Sozialverbänden, mit Arbeitgeber*innen und Industrie. Gerade wir, die wir
57 den Klimaschutz vorantreiben, nehmen die Verantwortung für die Veränderung voll
58 und ganz an und richten die Regierungspolitik darauf aus, Klimaschutz,
59 wirtschaftliche Prosperität und sozialen Ausgleich zu verbinden.

60 **So unterstützen wir Arbeitnehmer*innen und Unternehmen im Wandel**

61 Eine Wirtschaft, die sich wandelt, verändert auch die Arbeitswelt und stellt
62 neue Anforderungen an jeden Einzelnen. Um Menschen fit zu machen für die neuen
63 Anforderungen, brauchen wir mehr Weiterbildung und Qualifizierung als je zuvor.
64 Wir wollen Beschäftigte und Unternehmen dabei unterstützen, indem wir

- 65 • die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung
66 weiterentwickeln, die nicht erst dann auf den Plan tritt, wenn jemand
67 bereits arbeitslos geworden ist, sondern durch Weiterbildungs- und
68 Qualifizierungsangebote Arbeitslosigkeit verhindert. Wir schaffen einen
69 Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Die Arbeitsversicherung unterstützt bei
70 den Kosten der Weiterbildung und gewährt ein Weiterbildungsgeld für den
71 Lebensunterhalt,
- 72 • für die besonders vom Wandel betroffenen Unternehmen und Branchen eine
73 Qualifizierungs-Kurzarbeit schaffen. So verhindern wir, dass es zu
74 Entlassungen kommt und sichern den Umbau in den bestehenden Unternehmen
75 ab,
- 76 • Tarifbindung und Mitbestimmung stärken. Denn in den neuen Branchen hapert
77 es häufig an ausreichender Vertretung der Arbeitnehmer*innen. Es ist auch
78 nicht akzeptabel, wenn etwa der Biosupermarkt die Gründung eines
79 Betriebsrats verhindert. Ein Bundestariftreuegesetz stellt sicher, dass
80 öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif zahlen. Wir
81 werden in Bereichen mit geringer Tarifabdeckung verstärkt Tarifverträge
82 für allgemeinverbindlich erklären und damit auf alle Unternehmen einer
83 Branche ausdehnen.

84 Eine dynamische Wirtschaft und gute Arbeitsplätze sind das Fundament unserer
85 sozialen Marktwirtschaft. Dieses Fundament gilt es auf dem Weg zur
86 Klimaneutralität zu stärken. Wir werden deshalb

- 87 • die Spielräume für die Wirtschaft erweitern, damit sie gerade nach der
88 Corona-Krise klimafreundlich investieren kann. Dafür erweitern wir den
89 steuerlichen Verlustrücktrag und verbessern die
90 Abschreibungsmöglichkeiten, sodass Klima-Investitionen auch nach Auslaufen
91 der aktuellen Corona-Sonderregelungen degressiv mit mindestens 25 Prozent
92 abgeschrieben werden können. Die steuerliche Förderung von Forschung und
93 Entwicklung stärken wir und beschleunigen die Förderentscheidungen,
- 94 • in Deutschland und Europa den klimafreundlichen und wettbewerbsfähigen
95 Umbau der Industrie durch Klimaverträge und einen CO₂-Grenzausgleich
96 voranbringen und so Arbeitsplätze sichern,
- 97 • das System der Abgaben, Umlagen und Steuern bei den Strompreisen
98 reformieren, damit Industrie, Handel und Gewerbe noch stärker davon
99 profitieren, selbst auf Erneuerbare-Energien-Anlagen umzustellen,
- 100 • ein Investitionsprogramm auflegen, das über zehn Jahre 500 Milliarden Euro
101 zusätzliche Investitionen in Klimaneutralität, Digitalisierung und
102 Infrastruktur vorsieht. Viel zu lange wurden Investitionen in Klimaschutz
103 und Digitalisierung verschlafen und wurde die Infrastruktur auf Verschleiß
104 gefahren. Nur mit beherzter Investitionspolitik erhalten wir unseren
105 Wohlstand und erreichen Klimaneutralität.

106 **So unterstützen wir Mieter*innen im Wandel**

107 Die Mieten steigen in den großen Städten seit Jahren schneller als die
108 Einkommen. Immer mehr Menschen sind durch die Mietkosten finanziell überlastet
109 und vielerorts fällt es selbst Menschen mit mittlerem Einkommen und Familien
110 schwer, noch bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir werden

- 111 • die Mietpreisbremse scharfstellen, indem wir die Ausnahmen streichen und
112 reguläre Mieterhöhungen auf maximal 2,5 Prozent pro Jahr deckeln. Und ein
113 Bundesgesetz soll es Ländern und Kommunen ermöglichen, rechtssichere
114 Mietobergrenzen im Bestand festzulegen, wo Wohnungsmangel dies erfordert,
- 115 • sicherstellen, dass die Mieter*innen nicht die Kosten der energetischen
116 Sanierung zahlen. Dafür werden wir die Modernisierungsumlage senken und
117 bei maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter deckeln. Außerdem werden wir
118 energetische Sanierungen stärker öffentlich fördern und die Förderung am
119 erreichten energetischen Standard und damit auch an den eingesparten
120 Heizkosten ausrichten. So wird Sanieren in der Regel Warmmieten-neutral,
- 121 • festlegen, dass nicht die Mieter*innen, sondern die Hauseigentümer*innen
122 den CO₂-Preis fürs Heizen bezahlen. Denn nur Hauseigentümer*innen können
123 entscheiden, ob sie die alte Heizung gegen eine klimaschonende Wärmepumpe
124 austauschen und so den Mieter*innen hohe Heizkosten ersparen oder nicht,
- 125 • die Bundesförderung für den Bau von Sozialwohnungen dauerhaft erhöhen. Und
126 wir werden eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen: Vermieter*innen, die

127 sich zu dauerhafter Sozial- und Mietenbindung verpflichten, erhalten im
128 Gegenzug Steuervergünstigungen und Investitionszulagen.

129 **So unterstützen wir Menschen mit geringem Einkommen im Wandel**

130 Allein zehn Millionen Menschen in Deutschland arbeiten zu einem Lohn von unter
131 12 Euro. Etwa 16 Prozent aller Menschen in Deutschland sind arm oder von Armut
132 akut bedroht. In der Gruppe der Alleinerziehenden sind es sogar über ein Drittel
133 und deren Kinder. Für sie zählt jeder Euro. Wir werden Armut entschlossener
134 bekämpfen und für faire Löhne sorgen. Dafür werden wir

- 135 • den Mindestlohn sofort auf 12 Euro die Stunde anheben. Etwa zehn Millionen
136 Arbeitnehmer*innen werden dadurch mehr verdienen als bisher – und die
137 Wirtschaft wird um 50 Milliarden Euro wachsen,
- 138 • über 95 Prozent der Menschen durch eine Anhebung des Grundfreibetrags der
139 Einkommensteuer steuerlich entlasten,
- 140 • den Regelsatz der Grundsicherung (Hartz IV) in einem ersten Schritt um 50
141 Euro pro Monat anheben,
- 142 • die Lebensbedingungen von Millionen Kindern und Jugendlichen in
143 Deutschland verbessern, indem wir sie aus dem Hartz-IV-System herausholen.
144 Fast drei Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut, das ist jedes
145 fünfte Kind. Durch die Einführung einer Kindergrundsicherung erhält
146 künftig jedes Kind einen festen Garantie-Betrag. Kinder in Familien mit
147 geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
148 GarantiePlus-Betrag, und zwar je niedriger das Familieneinkommen, desto
149 höher. Die Kindergrundsicherung muss nur einmal bei der Geburt beantragt
150 werden, und ab dann zahlt die Familienkasse die berechnete Höhe
151 automatisch aus,
- 152 • dafür sorgen, dass Schulen mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent
153 anspruchsberechtigter Kinder automatisch mehr Geld erhalten. Mit einem
154 neuen Bildungs- und Teilhabegesetz sollen sie deshalb einen Förderauftrag
155 vom Staat bekommen. Damit können Schulen in benachteiligten Gebieten
156 zusätzliche Lernförderung und systematische Präventionsarbeit dauerhaft
157 ausbauen und dafür pädagogische Fachkräfte einstellen,
- 158 • zur Finanzierung Steuerhinterziehung und Steuerumgehung endlich
159 entschlossen bekämpfen. Wir werden eine Anzeigepflicht auch für nationale
160 Steuerumgehungsmodelle einführen und die Umgehung der Grunderwerbsteuer
161 durch große Wohnungskonzerne beenden,
- 162 • außerdem die wirklich hohen Einkommen moderat höher besteuern. In der
163 Einkommensteuer wird für Einkommen oberhalb von 100.000 bzw. 200.000 Euro
164 bei Paaren eine neue Stufe von 45 Prozent eingeführt. Und für Einkommen
165 oberhalb von 250.000 bzw. 500.000 Euro setzen wir mit einer weiteren Stufe
166 auf einen neuen Spitzensteuersatz von 48 Prozent.

167 **So unterstützen wir im Alltag im Wandel**

168 Ambitionierter Klimaschutz bringt viele Chancen: Er schafft zukunftssichere
169 Arbeitsplätze, macht unsere Städte und den ländlichen Raum lebenswerter, mindert

170 Gesundheitsrisiken, verringert damit auch soziale Ungerechtigkeiten und sorgt
171 dafür, dass auch die Freiheit unserer Kinder und Enkelkinder erhalten bleibt.
172 Mit einem klugen Mix aus Anreizen und Förderung, Ordnungsrecht und CO2-
173 Bepreisung sorgen wir dafür, dass Klimaschutz im Alltag sozial gerecht erfolgt
174 und sich auch ökonomisch lohnt. Dafür werden wir

- 175 • die Einnahmen aus dem nationalen CO2-Preis vollständig an die Menschen
176 zurückgeben. Dazu führen wir ein Energiegeld ein, das zu Jahresbeginn als
177 Pauschale von zunächst 75 Euro pro Kopf ausgezahlt wird. Das kommt vor
178 allem Geringverdienenden und Familien zugute, denn im Schnitt verbrauchen
179 sie sehr viel weniger CO2 als Menschen mit hohem Einkommen. Bezieher*innen
180 von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe
181 profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung
182 angerechnet wird. So findet innerhalb des Systems ein sozialer Ausgleich
183 von oben nach unten statt. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns
184 dafür ein, dass die Einnahmen aus dem europäischen CO2-Preis für Verkehr
185 und Wärme an die Bürger*innen zurückgezahlt werden,
- 186 • zusätzlich den Strompreis über eine Absenkung der EEG-Umlage für alle
187 senken,
- 188 • Geringverdiener*innen mit besonderen Belastungen, etwa Fernpendler*innen,
189 über einen Klimabonus-Fonds unterstützen. Beim Umstieg auf ein E-Auto
190 erhalten sie auf die Kaufförderung von 6.000 Euro noch 3.000 Euro
191 obendrauf. Ebenso unterstützen wir Geringverdienende beim Tausch ihrer
192 alten Heizung gegen eine klimafreundliche Alternative,
- 193 • dafür sorgen, dass sich der Umstieg auf Elektroautos immer stärker
194 rechnet. Dazu staffeln wir die Kaufprämien für E-Autos sozial gerecht,
195 richten die Kfz-Steuer am CO2-Ausstoß aus und reformieren die
196 Dienstwagenbesteuerung. Damit verleihen wir auch dem Gebrauchtmarkt für
197 Elektroautos einen enormen Schub und sorgen dafür, dass immer mehr
198 Menschen auf günstige E-Wagen zurückgreifen können,
- 199 • die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln und ihn dafür massiv
200 ausbauen. So kommen wirklich alle ans Ziel,
- 201 • mit einer Mobilitätsgarantie dafür sorgen, dass gerade im ländlichen Raum
202 ein Mindeststandard an Mobilität sichergestellt ist. Gemeinsam mit den
203 Ländern wollen wir dafür ein verlässliches Angebot an öffentlichem
204 Nahverkehr schaffen mit dem Ziel, dass Mittel- und Oberzentren zwischen 6
205 und 22 Uhr stündlich mit Bus oder Bahn erreichbar sind. Und zu den
206 gängigen Verkehrszeiten soll in Ballungsräumen mindestens ein 15-Minuten-
207 Takt sichergestellt sein. Für das Pendeln in Grenzregionen fördern wir
208 zusätzlich grenzüberschreitende Nahverkehrsverbindungen.

209 **Und so können Menschen von der Energiewende profitieren**

210 Mehr Erneuerbare Energien sind die Grundvoraussetzung für Klimaneutralität. Denn
211 wir brauchen Ökostrom immer stärker auch fürs Heizen, für E-Autos und für die
212 Industrie. Der Ausbau soll jedoch nicht nur den einzelnen Wirtschaftszweigen
213 zugutekommen, sondern jede und jeder Einzelne soll davon profitieren können.

214 Rund 40 Prozent der Ökostromanlagen sind bereits in Bürger*innen-Hand – das
215 wollen wir verstärken. Dafür werden wir

216 • sicherstellen, dass alle Bürger*innen, die sich für den Betrieb einer
217 eigenen Ökostromanlage entscheiden, etwa für eine Solaranlage auf dem
218 eigenen Hausdach, damit Geld sparen und die Klimaziele unterstützen. Auch
219 soll es einfacher werden, sich dafür mit Nachbar*innen für gemeinsame
220 Anlagen zusammenzuschließen. Deshalb werden wir die Hürden für
221 Bürger*innen-Energiegemeinschaften, wie im Europarecht garantiert,
222 abbauen,

223 • kleinere Wind- und Solarprojekte von der Ausschreibungspflicht befreien.
224 Damit stärken wir insbesondere Bürger*innen-Projekte und unterstützen die
225 Transformation unserer Gesellschaft Richtung Klimaneutralität von unten,

226 • einen Bürger*innen-Energiewendefonds auflegen, über den die anfangs
227 anfallenden Kosten einer neuen Erneuerbaren-Anlage abgesichert werden
228 können. Denn das Startkapital, das allein für die Bewerbungsphase nötig
229 ist, stellt oft gerade für die kleineren und privaten Akteure, etwa
230 Bürger*innen-Gemeinschaften, eine Hürde dar,

231 • dafür sorgen, dass die Kommunen verbindlich an den Erlösen von Windrädern
232 und Freiflächen-Solaranlagen beteiligt werden. Das schafft Wertschöpfung
233 vor Ort und stärkt Akzeptanz und Unterstützung für die Energiewende.

234 Die Wahl am 26. September ist eine Richtungswahl – es geht um Aufbruch statt
235 Weiter so. Denn es ist keinesfalls sicher, dass eine jede kommende Regierung die
236 Aufgabe des konsequenten Klimaschutzes auch annehmen würde. Oder dass es dabei
237 dann sozial gerecht zuginge. Es geht bei dieser Wahl um die Entscheidung, ob wir
238 eine weitere Bundesregierung akzeptieren, die die notwendigen Maßnahmen zum
239 Schutz unseres Klimas verweigert. Oder ob wir eine starke Klimaregierung wählen,
240 die sich den Realitäten stellt und die den notwendigen Wandel sozial gerecht
241 gestaltet. Nur mit Grünen in einer führenden Rolle wird die kommende Regierung
242 diese starke Klimaregierung sein. Nur mit starken Grünen schützen wir unsere
243 Lebensgrundlagen, setzen den Rahmen für Nachhaltigkeit und Klimaneutralität und
244 sichern den sozialen Zusammenhalt und Wohlstand auch für die Zukunft. Wer
245 Aufbruch will, wählt deshalb Grün.